

## Digitaler Transformationsprozess auf allen föderalen Ebenen

### Zusammenfassung:

Nuria Gorrite, Präsidentin des Staatsrates des Kantons Waadt, präsentierte die weitgehende [Digitale Strategie](#) des Kantons. Gemeinsam diskutierte sie anschliessend in einem Panel zusammen mit Anna Faoro, Leiterin Kommunikation [eGovernment Schweiz](#), Stéphane Schwab, Leiter des Sekretariats für [eGovernment des Kantons Freiburg](#), und Benedikt Würth, Ständerat für den Kanton St. Gallen. Das Panel wurde von Alenka Bonnard, Geschäftsleiterin des [staatslabor](#), moderiert.

Vier zentrale Themenblöcke wurden angeschnitten:

**Evolution der Digitalisierung:** Auf allen föderalen Ebenen ist in den letzten Jahren das Bedürfnis nach einer klaren und schweizweiten Gouvernanz gewachsen. Eine gewisse Uneinigkeit über Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen habe da eine Lücke geschaffen. Diese gelte es jetzt gemeinsam durch Bund, Kantone und Gemeinden zu füllen und die grossen Linien festzulegen. Dabei müsse unbedingt auch international zusammengearbeitet werden, um diese globale Thematik koordiniert anzugehen. Ein systematisches Vorgehen ist gefragt. Dazu braucht es ein geeignetes Forum. Die Konferenz der Kantonsregierungen könnte den geeigneten Rahmen bieten.

**Kantone als Laboratorien:** Die Komponente des gegenseitigen Lernens zwischen Kantonen und Gemeinden habe zu realem und tangiblen Mehrwert im Digitalisierungsprozess geführt. Austausch zu unterschiedlichen Ansätzen habe die Vorhaben insgesamt gestärkt. Gewisse Instrumente bestimmter Kantone und Gemeinden können von anderen übernommen werden. Zentral sei dabei das Vertrauen der Bevölkerung. Diese stehe den Digitalisierungsbemühungen sehr positiv gegenüber. Die Ansprüche und Wünsche der Bevölkerung würden weit über das momentane Angebot an Servicedienstleistungen herausgehen. Auf Seiten der Verwaltung stehe SPOC (Single Point of Contact) im Zentrum. Dies würde es den Nutzer:innen erlauben, zukünftig persönliche Daten nur noch einmal eingeben zu müssen - und alle Stellen könnten diese dann dort beziehen.

**Datenschutz:** Das Thema Datenschutz und Transparenz in der Datennutzung sei jedoch ein zentrales Anliegen der Bevölkerung - und ein vordringliches Thema für die Verwaltung. Ein Vorschlag, der diskutiert wurde, sollte es in Zukunft jeder Privatperson ermöglichen, einzusehen, wann welche Behörde zu welchem Zweck auf persönliche Daten zurückgreife. Dies würde Transparenz und Vertrauen schaffen.

**eAccessibility und eLiteracy:** Wenn die öffentliche Hand nicht in digitale Bildung und digitalen Zugang investiere, würden bedenkliche Barrieren kreierte. Bei einer fortschreitenden Digitalisierung der Behörden bestehe das Risiko eines Ausschlusses von Bevölkerungsgruppen. Speziell bei der Umsetzung des Leitbildes «Digital First», nach dem bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten künftig digitale Kanäle priorisiert werden sollen, sei dies ein wichtiges Anliegen. Diese Herausforderung betreffe alle Generationen. Sich

online aufzuhalten, bedeute noch nicht realen digitalen Zugang.